



REPUBLIK ÖSTERREICH
 DER BUNDESMINISTER FÜR
 ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
 DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Pr.Zl. 5905/39-4-89

II-9357 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
 des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
 Tel. (0222) 711 62-9100
 Teletex (232) 3221155
 Telex 61 3221155
 Telefax (0222) 73 78 76
 DVR: 009 02 04

4288 IAB
 1989 -12- 11
 zu 4367 J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
 Helga Erlinger und Genossen vom 17. Oktober 1989,
 Nr. 4367/J-NR/1989, "Haltestelle Wien-Hütteldorf"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

"Wann werden alle Züge, die von Wien-Westbahnhof Richtung Salzburg/Innsbruck abfahren, in Wien-Hütteldorf halten?"

"Sind Ihnen Untersuchungen bekannt, wievielen Personen ein deutlich verkürzter Gesamtreiseweg zugute käme, wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden könnten?"

"Welche allfälligen Kosten stehen dieser Maßnahme entgegen?"

Zu der Thematik des Anhaltens qualifizierter stadtauswärts-fahrender Reisezüge im Bahnhof Wien-Hütteldorf wurden bereits umfangreiche bahninterne Untersuchungen durchgeführt.

Diese Überprüfungen haben - ungeachtet der durch zusätzliche Aufenthalte entstehenden Kosten - ergeben, daß weitere Halte aufgrund der äußerst angespannten betrieblichen Situation im Bahnhof Wien-Hütteldorf nicht möglich sind und darüberhinaus zu einer deutlichen Verschlechterung der Anschlußverhältnisse im Gesamtlaf der Reisezüge führen würden.

- 2 -

Außerdem steht dies den Zielsetzungen des ab dem Jahr 1991 vorgesehenen Integrierten Taktfahrplanes entgegen, der durch eine optimale Abstimmung des Schienennah- und -fernverkehrs sowie des Kraftfahrlinienverkehrs eine wesentliche Verkürzung der Umsteigezeiten bewirken wird.

Die Anbindung von Wien Westbahnhof wurde durch die Inbetriebnahme der U-Bahnlinie U 6 wesentlich attraktiviert.

Nach Fertigstellung der derzeit im Bau befindlichen U-Bahnlinie U 3 wird der Westbahnhof auch im innerstädtischen Verkehrsnetz eine zentrale Funktion erfüllen.

Zu Frage 4:

"Ist Ihnen bekannt, daß von einigen Wiener Bezirksparlamenten ein derartiger Antrag derzeit beraten wird bzw. gestellt wurde?"

Von Wiener Bezirksvertretungen wurden in den vergangenen Jahren mehrfach diesbezüglich Anträge gestellt. Sie mußten aus vorerwähnten Gründen von den ÖBB abschlägig behandelt werden.

Wien, am 7. Dezember 1989

Der Bundesminister

